

IG Metall Bezirksleitung Frankfurt

Armin Schild



KURS**WECHSEL** FÜR EIN **GUTES LEBEN**

Herbst der Entscheidung

Rede zur Vertrauensleutekonferenz

29.10.2010

Bad Soden, Taunus

Es gilt das gesprochene Wort!

1. Teil: Kurswechsel/ Rente67, Junge Generation, prekäre Arbeit

Am 15. September hat Bundeskanzlerin Merkel im Bundestag den Herbst der Entscheidungen angekündigt.

Sie hat sich damit gebrüstet, dass es in Deutschland auch in der Krise einen robusten Arbeitsmarkt mit wenigen Entlassungen gegeben habe. Sie hat die Krise für beendet erklärt.

Richtig ist: Während der Wirtschaftskrise kam es in der Metall-, Elektro- und Stahlindustrie, auch im europäischen Vergleich, nur zu wenigen Kündigungen. Und das, obwohl der Exportweltmeister Deutschland das hauptbetroffene Land und diese die hauptbetroffenen Branchen waren.

Falsch ist: Angela Merkel, Rainer Brüderle, Hans-Werner Sinn und temporär sozial-romantische Arbeitgeber haben das geleistet.

Mitten in einer Krise, deren Ursachen in ungezügelter Gier und sozialer Unverantwortlichkeit zu suchen sind, haben Millionen ArbeitnehmerInnen solidarisch und sozial verantwortlich gehandelt.

Anders als die, die diese Krise verursachten, haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter Hinnahme erheblicher Einkommensverluste durch eine nahezu flächendeckende Arbeitszeitverkürzung hunderttausende Entlassungen verhindert.

Sie sind die wahren Helden der Krise. Dies ist ihr Meisterstück der Solidarität.

Sie haben ein Gegenmodell geschaffen gegen das Neoliberalismus, dessen Credo ist, dass, wenn jeder an sich selbst denkt, auch an alle gedacht sei.

Fundament dieser historischen Solidarleistung ist ein soziales Sicherungssystem, das Merkel, Brüderle, Sinn und die Kapital-Lobbyisten schon längst auf dem Scheiterhaufen neoliberaler Ideologie verfeuern wollten.

Und nun?

Wer an die groß angekündigten Konsequenzen aus der Finanzmarktkrise geglaubt hat, muss bitter enttäuscht sein. Es wird keine einzige geben!

Gestern noch sprach Ex-Bundespräsident Köhler von „Monstern“, die gezähmt werden müssten. Kurz danach wurde er gezähmt.

Auf die Frage nach der Zähmung der „Monster“, sagt kürzlich Max Otte, ehemaliger US-Chef von Kienbaum & Partner, heute Professor für Betriebswirtschaftslehre und unabhängiger Hedgefondsmanager:

„Etwas mehr als Maniküre hat nicht stattgefunden. In Europa erst recht nicht. Es geht weiter wie bisher. Die internationale Finanzoligarchie hat sich mittlerweile zulasten der Realwirtschaft eingenistet.“¹

Statt Konsequenzen aus der Mega-Krise zu ziehen, wird für die „Monster“ die erste Klasse ausgebaut.

Kein Wunder, dass die einzige Krisenkonsequenz darin besteht, jetzt ganz Europa unter der Überschrift Haushaltskonsolidierung in einen Wettlauf des Sozialabbaus zu treiben.

Statt die Monster zu zähmen, werden die neoliberalen Baustellen wieder in Betrieb genommen. Das eingestürzte ideologische Gebäude wird allabendlich in den Talkshows wieder aufgebaut.

Genau das, was uns in diese Mega-Krise führte, wird fortgesetzt, so als wäre nichts geschehen.

Auf allen Feldern wird aus allen Rohren PR- und Lobbyarbeit gemacht. Ganze Verlage stecken mit den Managern der Gier unter einer Decke. Heerscharen junger und nicht mehr ganz so junger Journalisten sind neoliberal sozialisiert.

¹ Aus Lufthansa Magazin November 2010 (zwei Seiten weiter wirbt die Fluglinie mit einem wieder größeren und „noch komfortableren Erste-Klasse Bereich“)

Doch das Bedenklichste ist: Die Politik scheint mit den „Monstern“ unter einer Decke zu stecken. Sie hat die ihr von uns gegebene Macht an die Manager der Gier abgegeben.

Lobbyismus ist keine neue Methode der Einwirkung auf Entscheidungsträger und Entscheidungsprozesse. Aber das, was wir vorher geahnt haben, wird angesichts der Unfähigkeit der Politik Konsequenzen aus dieser Krise zu ziehen zur Gewissheit.

Die unglaubliche Konzentration von Geldvermögen in den Händen der Krisenverursacher schafft nicht nur die Möglichkeit, Geschichte umzuschreiben, noch während wir sie erleben.

Dieser gigantische Reichtum ermöglicht eine einzig und allein für die Lobbyisten und ihre Hintermänner sinnvolle, aber für alle anderen schädliche Beeinflussung der Politik.

Das ist Demokratie gefährdend, Zukunft vernichtend, Menschen verachtend. Das bedroht nicht nur den Sozialstaat, sondern mit ihm die Demokratie in ihren Wurzeln!

Im Sommer kam ein Hilferuf von Abgeordneten des Wirtschafts- und Währungsausschusses im europäischen Parlament: *„Hilfe, wir werden von Lobbyisten insbesondere aus der Finanzbranche überrannt!“*

Das ist die wahre Erkenntnis aus der Krise: Die dunkel-gelbe Politik will keine Konsequenzen ziehen. Sie KANN es auch nicht.

Warum sonst geht es zurück in die **energiepolitische Steinzeit**, zugunsten der vier großen Stromkonzerne und zu Lasten unserer Zukunft?

Statt zukunftsfähige, beschäftigungsintensive, erneuerbare Energien zu fördern, werden Steinzeitatommeiler konserviert. Fast 350.000 Menschen arbeiten nach Auffassung des Bundesumweltministers heute im Bereich der erneuerbaren Energien.

Dieser Erfolg wird zermalmt durch puren Lobbyismus.

Damit werden nicht nur über 30 Milliarden Euro an die Aktionäre vier großer Stromkonzerne überwiesen. Deutschland schafft so - auf Druck der einflussreichen Atomlobby - seine energiepolitische Kompetenz für dezentrale (!) erneuerbare Energie ab.

Nicht die Energiequelle oder ihre ökologische Bilanz sind entscheidend. Selbst wenn man glaubt, dass mit diesem Konsens langfristig erneuerbare Energieerzeugung angestrebt werden soll: Es geht in keiner Weise um Ökologie.

Es geht darum, diesen vier Konzernen die Macht über den Energiemarkt zu erhalten und dezentrale Energieerzeugung zu verhindern.

Dafür werden unsere Kinder und die Menschen in der dritten Welt die Zeche zahlen.

Purer Lobbyismus findet auch auf dem **Arbeitsmarkt** statt.

Mit Leiharbeit und anderen Form prekärer oder Niedriglohnbeschäftigung werden ganze Bataillone Goldkettchen tragender Halunken praktisch ohne Risiko reich gemacht werden.

Eine Auswertung der verfügbaren Arbeitsmarktdaten zeigt, dass in den Betrieben des verarbeitenden Gewerbes in den vier Bundesländern des Bezirks Frankfurt im Vergleich zum Sommer 2009, praktisch kein Beschäftigungsaufbau zu verzeichnen ist.

Dem Aufbau von 60.000 Beschäftigungsverhältnissen in der Gesamtwirtschaft steht ein Abbau von 7.500 Beschäftigungsverhältnissen im verarbeitenden Gewerbe gegenüber.

Dieser wird überkompensiert durch fast 31.000 neue Beschäftigungsverhältnisse im Bereich der Leiharbeit.

Der vielbeschworene Beschäftigungsboom setzt sich in unseren Zuständigkeitsbereichen fast ausschließlich aus prekären Beschäftigungsverhältnissen und Risikobeschäftigung zusammen.

Die Betroffenen werden oftmals mit 7, 8 oder 9 Euro abgespeist. Sie werden unter Hartz-IV Bedingungen dazu gezwungen, jeden Job anzunehmen. Das ist auch eine Form der Entmündigung.

20,7 Prozent der Beschäftigten 6,55 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland erhielten 2008 einen Lohn unterhalb der Niedriglohnschwelle. Die „Arm trotz Arbeit-Quote“ ist damit höher als in allen vergleichbaren Industrienationen.

Innerhalb von zehn Jahren ist die Zahl der Niedriglohnempfänger um 2,3 Millionen Menschen gewachsen. Mit rund 70 Prozent stellen die Frauen den weitaus größten Teil der Niedriglöhner.

Hartz IV hat nicht zu mehr Arbeit geführt, sondern zu mehr Armut!

Fast zwei Millionen Menschen können von ihrer Arbeit nicht leben. Mehr als ein Viertel der Hartz IV Empfänger ist berufstätig.

Dass der Staat Niedrigeinkommen erst herbeiführt und sie dann mit Steuergeld bezuschusst, ist nichts anderes als eine Einzugsermächtigung in die Sozialkassen für die Goldkettchen-Träger.

Der lohnsteuerzahlende Arbeitnehmer A zahlt nicht nur dem unter bezahlten Arbeitnehmer B einen Teil des den Lohnes. Er subventioniert damit dessen Arbeitgeber, ermöglicht dem auf diese Weise, den Druck auf den Lohn von A erhöhen.

Bis der dann selbst entlassen wird und im schlimmsten Fall kurz danach durch sich selbst, jetzt als Leiharbeiter, ersetzt wird.

Seit der Einführung von Hartz IV im Jahr 2005 hat der Staat, also wir, Niedrigverdienern mehr als 50 Milliarden Euro an Zuschüssen bezahlt, um zu niedrige Löhne aufzustocken.

Und Jahr für Jahr wird die Summe größer.

Im Hartz-IV-System dient heute fast jeder dritte Euro dazu, niedrige Löhne aufzustocken.

Deshalb ist der Mindestlohn und gleicher Lohn für gleiche Arbeit nicht nur ein Gebot der Gerechtigkeit, sondern auch der ökonomischen und sozialpolitischen Vernunft.

Besonders grotesk und empörend ist auch die faktische Abschaffung der paritätischen Finanzierung der **sozialen Sicherung**.

Durch die Rente mit 67 und die Beschlüsse zur Gesundheitsreform werden die Unternehmen aus der Mitverantwortung für die demografische Schieflage entlassen.

Tatsächlich, die Beiträge der Sozialversicherung für Unternehmen werden sinken. Allerdings droht es dabei seine Funktion einzubüßen.

Die bisherigen Rentenkürzungen sollten angeblich durch die private, kapitalgedeckte Rente ausgeglichen werden können.

Die OECD hat ausgerechnet, dass der deutsche Durchschnittsverdiener vor den Rentenreformen fünfzig Prozent seines Bruttolohns als gesetzliche Rente bekommen hat. Nach den Reformen sind es nur noch vierzig Prozent.

Die Botschaft war klar: Wer im Alter nicht arm sein will, muss einen Vertrag mit der privaten Versicherungswirtschaft machen, ob er will oder nicht.

Die Finanzmarktkrise hat die Heilsversprechen der privaten Rentenversicherungswirtschaft schnell als das enttarnt, was sie immer war: Ein extrem lukratives Geschäft zu Lasten der Versicherten.

Es ist faktische Realität in Deutschland:

Unternehmerverbände, Dunkel-Gelb und ihre Helfershelfer in Medien und Wissenschaft, gemeinsam mit der Lobby der Banken- und Versicherungen zerstören ein über 120 Jahre funktionsfähiges System.

Zu Lasten der Versicherten und zugunsten der Versicherungen.

Ein System, das zwei Weltkriegen, zwei Weltwirtschaftskrisen, Pillenknick und den Löwenanteil der Finanzierung der deutsch Einheit geschultert hat, soll ersetzt werden durch eine gigantische Zwangsumverteilung, der sich praktisch niemand entziehen kann.

Ein System, das nun angeblich daran sterben muss, weil die Menschen hierzulande aus „unerfindlichen Gründen“ (sonst könnte man diese ja beseitigen!) keine Kinder bekommen.

Weder die Privatrente noch die Rente mit 67 löst das Problem des demographischen Wandels.

Die Bevölkerungsentwicklung in den nächsten dreißig Jahren ist dabei nur eines von mehreren Problemen für die soziale Sicherung.

Die Rente hat schon heute ein sehr reales Problem und zwar nicht auf der Ausgaben-, sondern auf der Einnahmeseite.

Die Löhne und Gehälter sind in den letzten 15 Jahren nahezu stagniert.

Darüber hinaus gibt es immer weniger Beitragszahler und immer mehr atypische und prekäre Jobs. Kein Wunder, dass die Einnahmen der Rentenkassen mau sind.

Am einen Ende wird die Beschäftigung Älterer blockiert.

Unsere Kollegen im Homburg haben gerade ermittelt: Unter 2 Prozent der regulär Beschäftigten sind älter als 63 Jahre. Das zeigt, wie spitzfindig und halb wahr die Bundesregierung zur Rente mit 67 argumentiert.

Am anderen Ende wird der Arbeitsmarkt immer prekärer. Davon sind gerade die jungen Menschen betroffen. Das verschärft wiederum das Demografieproblem. Die Geburtenrate bleibt auf niedrigem Stand.

Wenn fast die Hälfte der jungen Menschen hierzulande keine halbwegs planbare Lebens- und Einkommensperspektive haben, wie soll dann die Geburtenrate steigen?

Das Kind, das heute nicht gezeugt wird, wäre 2029, wenn die Rente mit 67 voll greifen soll, 19 Jahre alt und stünde kurz vor dem Ende seiner Berufsausbildung.

Wir müssen dafür sorgen, dass junge Menschen gute Arbeit haben, gut bezahlt und gut versichert.

Wenn wir zulassen, dass sie als „Generation Prekär“ nicht nur der eigenen Lebensperspektiven beraubt werden, fallen sie auch als Beitragszahler aus.

Wollen wir dafür sorgen, dass junge Familien sich für Kinder entscheiden, sind die Voraussetzungen dazu schnell identifiziert:

Gute kostenfreie Kinderbetreuung, familienfreundliche Arbeitszeiten, sichere Jobs, gute Arbeit, gutes Geld.

Fazit:

Das, was uns in die Krise geführt hat, wird fortgesetzt. Das, was uns in der Krise geholfen hat, wird abgeschafft.

Eine dunkel-gelbe Koalition aus neoliberalen Ideologen und bereit, den Lobbyisten der Monster zu dienen, beherrscht Deutschland.

Sie verhindert, dass Konsequenzen aus der Krise gezogen werden.

Wer heute nur mit Ideologie von vorgestern und Rezepten von gestern auf die Herausforderungen des Morgen antworten will, dem muss geholfen werden.

Wenn wir zulassen, dass Prekarisierung, verteilungspolitische Schieflage und demokratiegefährdender Lobbyismus fortgesetzt wird, führt dies zu ökonomischen und politischen Kettenreaktionen, die sich gegen uns und die Zukunft dieses Landes richten.

Ja, dies ist der Herbst der Entscheidung.

Wo wir morgen stehen, das entscheiden wir heute, wenn die Monster schon lange weitergezogen sind zu neuen Schlachthöfen.

Deshalb kommt es auch darauf an, demokratisch, sozialstaatlich, parlamentarisch und außerparlamentarisch, vor, aber vor allem auch in den Betrieben, einzutreten für den Kurswechsel, den ganz Deutschland, ganz Europa braucht.

Dabei geht es nicht nur um uns. Es geht um die da draußen, um Kinder und Rentner, um Schlecker-Kassiererinnen und Leiharbeiter.

In Frankreich, wo die demografische Entwicklung wegen der höheren Geburtenrate als Argument nicht taugt, werden Sozialkürzungen und Rente 62 übrigens damit begründet, dass sie auch in Deutschland durchgeführt werden.

Es ist Aufgabe der Gewerkschaften in einem demokratischen Sozialstaat, die Notwehr gegen zukunftsvernichtenden, undemokratischen und unsozialen Lobbyismus zu organisieren!

Es ist unsere Aufgabe!

2. Teil: Betriebspolitik im Bezirk Frankfurt - Thesen und Fragen

Aktive Betriebspolitik

Das Zentrum des dualen Systems der betrieblichen Interessenvertretung bilden zwei Säulen: Tarifautonomie sowie betriebliche Mitbestimmung und Unternehmensmitbestimmung.

Dieses System des institutionalisierten Interessenausgleichs bildet eine umkämpfte Sphäre, in der es für uns darum geht, Handlungsspielräume zu Gunsten der Beschäftigten auszudehnen.

Aktive Betriebspolitik akzeptiert nicht die von der Kapitaleseite gewünschte Beschränkung auf die ordnungspolitische Funktion der Mitbestimmung.

Angesichts des Versuchs dieses Land umzuformatieren, vom demokratischen Sozialstaat zur Gefügigkeitsrepublik, gilt dies um so mehr.

Während die Unternehmer und ihre Verbände zum Beispiel mit der Initiative neue soziale Marktwirtschaft Tag für Tag die Politik beeinflussen, werden wir den Betrieb zum Ort politischer Kommunikation umdefinieren.

Für die nächsten Monate heißt das zweierlei:

- Unser Ziel ist es, die Auseinandersetzung um die soziale Balance in dieser Gesellschaft in die Betriebe zu tragen.

- Die (flächen-)tarifliche Lohnpolitik durch aktive betriebliche Lohnpolitik ergänzen

Was ist gute Betriebspolitik?

Als Vertrauensleute und Betriebsräte sind wir in erster Linie unseren Mitgliedern und Wählern verpflichtet. Das Handeln der IG Metall dient zugleich dem Allgemeinwohl.

Beispiele dafür sind: Die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, die Gestaltung der Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten.

Bei der Durchsetzung unserer gewerkschaftlichen Ziele lassen wir tatsächlich viele bestehende Optionen ungenutzt: Mitbestimmungsrechte in der Berufsbildung, Initiativ- und Mitbestimmungsrechte in der Entgeltpolitik, Möglichkeiten der Arbeitsgestaltung usw..

Ein Ziel der Arbeit von IG Metall–Vertrauensleuten ist es, alle sinnvoll einsetzbaren Handlungsoptionen der Betriebspolitik zu nutzen.

Vieles ist ohne konsistente und extensive Nutzung unserer betrieblichen Handlungsoptionen und Instrumente nicht zu bewältigen:

Demografischer Wandel, Fachkräftesicherung, Perspektiven der jungen Generation, Leistungsverdichtung, sind nur einige Themen.

Gute Betriebspolitik verbindet also die betrieblichen

Auseinandersetzungen um diese und andere Themen auf der Grundlage eines hohen Organisationsgrades sowie extensiver Nutzung der verfügbaren Instrumente mit überbetrieblichen gewerkschaftlichen Strategien.

Die Prinzipien unserer Arbeit

Die Werte, denen wir verpflichtet sind, heißen Solidarität, Gerechtigkeit und Demokratie- als Vertrauensleute, als Betriebsräte, als Gewerkschafter. Dieses Selbstverständnis leben wir in unseren Gremien, in Betriebsversammlungen und in der Öffentlichkeit.

Wir stehen für Standort übergreifende Betriebspolitik, die Stärken bündelt und Schwächen ausgleicht, die Standortkonkurrenz entgegenwirkt und frühzeitig auf Unternehmenspolitik reagiert, eigene Themen gemeinsam setzt und vorantreibt.

Systematisch und verbindlich arbeiten

Gewerkschaftliche Betriebspolitik braucht klare Strukturen und Organisationsprinzipien: Gewerkschaftliche Betriebspläne sind DER Schlüssel für die Ansprache von Mitgliedern und Unorganisierten, Voraussetzung für Neuaufnahmen und Haltearbeit.

Gewerkschaftliche Betriebspolitik, die zum Beispiel auf die systematische Organisation der neuen Auszubildenden verzichtet, ist keine Betriebspolitik, sondern ein sträfliches Versäumnis, das sich rächt.

Wir arbeiten an der Verbesserung unserer Konfliktfähigkeit und Kampfkraft, um betriebliche Auseinandersetzungen um Standortsicherung, Tarifbindung, eine nachhaltige Unternehmenspolitik und Beschäftigungssicherung zu erreichen, Tarifbewegungen und gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen erfolgreich zu führen.

Dies erfordert nicht nur einen hohen Organisationsgrad, sondern die kontinuierliche Einbeziehung der Mitglieder und Beschäftigten, eine intensive Zusammenarbeit von Aufgabenteilung von Vertrauensleuten, Betriebsräten und hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen.

Durch kontinuierliche Beteiligung von Mitgliedern und Beschäftigten an unserer Willensbildung und unseren Entscheidungen erreichen wir Transparenz und darauf basierende Zustimmung.

Das erfordert die intensive Diskussion mit den Mitgliedern und Beschäftigten. Wir sind nicht nur unserem eigenen Willen, sondern vor allem dem Votum der Kolleginnen und Kollegen verpflichtet.

Die Schwerpunkte unserer Arbeit für die nächsten Etappen

Was heißt „Gerecht geht anders – Kurswechsel für ein gutes Leben“ in der Betriebspolitik? – auch hier gilt: Instrumente nutzen, die wir schon haben!

- a. Die Steigerung des Organisationsgrades mit dem Ziel, die betriebliche Durchsetzungsfähigkeit zu steigern
- b. Leiharbeit eindämmen, und wo sie zugelassen werden muss, fair gestalten
- c. Perspektiven für die junge Generation eröffnen, prekäre Beschäftigung eindämmen, den demografischen Wandel gestalten
- d. Sozial- und gesellschaftspolitische Mobilisierung: Klarer Kurs gegen die Rente mit 67, für eine solidarische Gesundheitspolitik
- e. Aktive betriebliche Entgeltpolitik

3. Teil: Aktive Entgeltpolitik

Nach unserer Einschätzung entwickeln sich Umsatz und Gewinne in 2010 in etwa 80% der Betrieb besser, als in den Geschäftsplänen erwartet. Aber nur in etwa 15 % der Betriebe ist eine Beteiligung der Beschäftigten an dieser unerwarteten und ungeplanten Auftrags- und Ertragsflut sicher gestellt.

Die Beschäftigten haben in der Krise mit hunderttausendfacher Kurzarbeit ihren Solidarbeitrag zur Bewältigung einer Krise geleistet, die andere verursacht haben.

Wenn jetzt Aufträge und Gewinne weit über das erwartete Maß sprudeln, und dank ihrer Solidarleistung die Belegschaften noch da sind, die diese Umsätze einfahren können, dann gehört ein großes Stück des Kuchens auf jeden Fall ihnen.

Stattdessen haben Aktionäre und Anteilseigner schon die Dollarzeichen in den Augen. Nach dem Motto: In der Krise sollen die Arbeitnehmer den Kopf hinhalten. Im Aufschwung wollen wir die Briefftasche hinhalten.

Aktive Entgeltpolitik und gute Betriebspolitik, das heißt:

IG-Metall Vertrauensleute und Betriebsräte prüfen in den nächsten Wochen, in welchen Betrieben der Metall- und Elektroindustrie im Bezirk, die für 2011 vorgesehene Tarifierhöhung in Höhe von 2,7 Prozent von April auf Februar 2011 vorgezogen werden kann.

Wir fordern die Unternehmen im Bezirk auf, dem Beispiel von Audi, Bosch und anderen zu folgen. Dort, wo die Voraussetzungen gegeben sind, ist die Tarifierhöhung so früh wie möglich, an die Beschäftigten weiterzugeben.

Der Tarifabschluss vom Februar 2010 bietet ausdrücklich diese Option. Die Arbeitgeber haben diese Flexibilität gefordert. Jetzt sind sie am Zug.

In vielen Betrieben sind darüber hinaus gehende betriebliche und übertarifliche Zahlungen möglich.

Der Flächentarifvertrag bildet den Durchschnitt der Branche ab. Die aktuellen unerwarteten Erfolge der Exportunternehmen können, sollen und müssen durch betriebliche Lohnpolitik berücksichtigt werden.

Gesellschafts- und sozialpolitisch müssen und werden wir auch über den 13. November hinaus zur Notwehr der Mehrheit gegen den Regierungslobbyismus aufrufen und mobilisieren.

Dabei steht die immer weiter ausartende soziale Schieflage im Zentrum. Das Land wieder in soziale Balance bringen, das ist eine Verteilungsauseinandersetzung.

Gegenüber der Politik. Gegenüber den Lobbyisten.

Das heißt auch, dass wir mit guter Betriebspolitik die Auseinandersetzung um die Wiederherstellung der sozialen Balance als Verteilungsauseinandersetzung in die Betriebe tragen müssen.
